Bürgerinitiative Ansbacher Parteiloser e.V.

Fraktionsvorsitzender: Manfred Stephan, Käferbach 16a, 91522 Ansbach, Tel. 09825/1695
Email: manfred.stephan@bap-ansbach.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Deffner,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zeiten, auch für Ansbach, werden nicht besser. Zu der ganzen Corona-Problematik, kommt seit Februar noch der Überfall Russlands auf die Ukraine und damit einhergehend eine noch nie dagewesene Energiekrise, mit ihren riesigen finanziellen Folgen für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für viele Unternehmen.
Herr Oberbürgermeister Deffner hat das Amt seiner Vorgängerin also nicht nur in einer sehr schwierigen Zeit übernommen, sondern die Probleme haben noch zugenommen.
Trotz alledem war die Zusammenarbeit mit Thomas Deffner, aber auch mit den Stadtratsfraktionen der Koalitionsrunde, im dritten Jahr der Wahlperiode meist konstruktiv und auch zielführend.

Die Gründe für einen, nach 2019, 2020 und 2021, erneuten Rekordhaushalt mit rund 193 Millionen Euro, wurden schon mehrfach angesprochen.
Wie im Vorjahr bereitet aber eine weitere Kreditaufnahme große Sorge; 2023 sind weitere gut zwei Millionen Euro vorgesehen. Nur der Aufmerksamkeit der BAP ist es zu verdanken, dass es nicht 5 Millionen Euro mehr an neuen Schulden geworden sind. Ein Grundstücksverkauf in einem Gewerbegebiet wurde nämlich vergessen im Haushalt zu erfassen.
Hinzukommt, dass auch geplant ist, aus der Rücklage wieder ca. 5,5 Millionen Euro zu entnehmen.
Hätte Frau Seidel so einen Haushalt vorgelegt, wäre ihr ein vielstimmiger Aufschrei gewiss gewesen.

Die Aussage des Bundes der Steuerzahler bleibt richtig:
„Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“!

Umso unverständlicher ist, warum ein Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer ab 2024 in der Mittelfristigen Finazplanung, der zu fast keiner Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Gewerbetreibenden geführt hätte, knapp abgelehnt wurde. Diese eine Million Euro wird der Stadt Ansbach für wichtige zu erledigende Aufgaben fehlen.

„Die Höhe der Haushaltsreste ist dramatisch!“ Erinnern Sie sich Frau Erbguth-Feldner? Das waren ihre Worte bei der Stadtratssitzung Anfang Juni dieses Jahres, als die Haushaltsreste aus dem Jahr 2021 ins laufende Jahr übertragen werden sollten. Die fünf Gegenstimmen zum Verwaltungsvorschlag kamen alle aus ihrer Fraktion von Bündnis90/Grüne. Umso verwunderlicher war bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2023, dass gerade die Grünen ganz viele neue Projekte auf den Weg bringen wollten.Im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt waren es zusammen glaube ich fast 30 Anträge! Solche Anträge sollten aber immer mit solider Finanzierung gestellt werden.

Die BAP hat heuer nur ganz wenige Änderungsanträge bei den Haushaltsberatungen gestellt. Waren wir zu faul? Nein – ganz im Gegenteil! Querbeet durch alle Fraktionen gab es in den vergangenen Jahren teils heftige Kritik an den hohen Haushaltsausgaberesten (HAR). Ich habe eben schon davon gesprochen. Die Verwaltung schaffte es ganz einfach nicht, alle vom Stadtrat gewünschten Projekte abzuarbeiten. Aktuell betragen die Haushaltsausgabereste etwas mehr als 16 Millionen Euro.
Aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, aber auch aus Rücksicht auf die städtischen Mitarbeiter, wurde deshalb heuer darauf verzichtet, neue Projekte auf den Weg zu bringen. Unsere Anträge, auch unser Abstimmungsverhalten bei den Stellenplanberatungen, dazu später mehr, hatten zum Ziel, Steuern und damit Geld für die Ansbacherinnen und Ansbacher zu sparen.

Wichtig war der BAP, dass es beim Hochwasserschutz, konkret im Dombachtal weitergeht. Umso mehr freut es uns, dass unser Antrag für die mittelfristige Finanzplanung 1.000.000 Euro in den Haushalt einzustellen, einstimmig angenommen wurde. An der Berufsschule Ansbach soll es mit der Sanierung auch weitergehenen. 25000 Euro werden im kommenden Jahr für das sogenannte VGV-Verfahren gebraucht. Weitere 125000 Euro werden im Haushaltsjahr 2024 benötigt. Auch dieser BAP-Antrag ging einstimmig durch.

Den Vogel schoß heuer Kollege Werner Forstmeier von der ÖDP ab. Die Grünen beantragten die Mittel für den Gehweg am Bocksberg, speziell für eine Lichtsignalanlage an der Bahnunterführung nach Schalkhausen, zu streichen. Die Begründung Forstmeiers für seine Ablehnung des ursprünglichen BAP-Antrages: Die Ampel wäre eine Lichtverschmutzung! Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man fast darüber lachen.

Ganz wichtig ist der BAP, dass 2023 über 10 Millionen Euro in die städtischen Schulen, aber auch weitere rund 10 Millionen Euro in den Bereich Bau- und Wohnungswesen, einschließlich Verkehr, fließen sollen.

Ein Verschieben von Maßnahmen ist aber oft eine Mogelpackung! Gerade im Baubereich bedeutet derzeit jede Verschiebung nach hinten eine Verteuerung der Maßnahme. Echtes Sparen wäre ein Komplettverzicht.

Erlauben Sie mir fast zum Schluß noch eine Anmerkung zu den Stellenplanberatungen. Ich durfte heuer den Kollegen Dr. Holzhäuer im Personalausschuss vertreten und habe alles live miterlebt. Zu erwähnen ist, dass der dickste Brocken im Haushalt, mit über 46 Millionen Euro des Rekordhaushaltes, die Personalausgaben sind. Auf Vorschlag der Verwaltung sollten zum bisher schon genehmigten Stellenplan weitere 12,4 (8,2 unbefristete und 4,2 befristete) neue Planstellen hinzukommen. Die Fraktion von Bündnis90/Grüne wollte darüber hinaus noch einmal drei neue Planstellen.

Die BAP war und ist immer noch der Meinung, dass der Ausgabetitel Personal nicht ins Uferlose steigen darf. Wir wollten die Verwaltung auffordern, ihren Vorschlag zu überdenken.
Mit dem bei den Haushaltsberatungen am 17.11.2022 beschlossenen Kompromiß der Stellenbesetzungen können wir gut leben.

Wenig zu einer Problemlösung haben allerdings die öffentlich gemachten Äußerungen der Jugendamtsleiterin und des Personalrates beigetragen. Dem Personalausschuss zu unterstellen, nur weil die erste Abstimmung nicht dem eigenen Wunschdenken entsprach, die Ausschussmitglieder hätten sich mit dem Thema nicht befasst, ist fast schon eine Unverschämtheit.

Auch heuer gilt die Aussage des ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble!
„Die Summe der Wünsche ist größer als der Betrag an Geld, das da ist. - Immer! Die Mehrheit der Menschen will mehr staatliche (in Ansbach kommunale) Leistungen, weniger Steuern und keine Schulden. Das lässt sich gleichzeitig gar nicht erreichen!“

Die BAP-Fraktion stimmt trotz der angesprochenen Kreditaufnahme und der Rücklagenentnahme dem heute vorgelegten Haushalt 2023 zu!

Wir erwarten aber auch in den Folgejahren erhebliche Anstrengungen, damit die Pro-Kopf-Verschuldung der Ansbacherinnen und Ansbacher in Grenzen gehalten wird.

Besonders freut uns, dass die Kämmerei viele unserer Anregungen bereits in die eigene Fortschreibung des Verwaltungsvorschlages aufgenommen hat und man so zu einem besseren Gesamtergebnis kommen konnte.

Im Namen der BAP-Fraktion möchte ich mich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Deffner, der Kämmerei, mit Herrn Jakobs an der Spitze und der gesamten Verwaltung für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Ansbach, 05.12.2022
Manfred Stephan
BAP-Fraktionsvorsitzender